

Nachrichten für Raunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammeishain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhro, Lindhardt, Pomßen, Stauchitz, Throna usw.)

Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtgemeinderates zu Raunhof; es enthält die Bekanntmachungen des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma.

Verkaufspreis: wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Halbmonatlich M. 1.000.000, — ohne Anst. Post einschl. der Postgeb. halbjährlich M. 20.000.000. — Im Falle höherer, Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorkauf der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die Jahresprezente betragen 75000. — M. auswärts 100000. — Woch. Anzeiger M. 120000. — Reklamez. M. 120000. — Schwerig. M. 50%. — Aufschlag. Annahme der Anzeigen bis 10 Uhr vormitt. des Erscheinungstages, größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Befellungen werden von den Ausführgen oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Veranst.: Amt Raunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Gung & Co., Raunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 105

Mittwoch, den 5. September 1923

34. Jahrgang

Amthliches.

Eingegangen sind Schliches Verzeichnis 21. bis 32. Stück vom Jahre 1923, Reichsgeheblatt Teil I Nr. 53 bis 68 vom Jahre 1923.

Die liegen 14 Tage lang zu jedermanns Einsicht im Rathaus hier, Raunhof, Zimmer 8 aus. Auf die im Rathausdurchgang ausliegenden Bekanntmachungen wird besonders hingewiesen. Raunhof, am 4. September 1923. Der Bürgermeister.

Der Preis für 1 cbm im Monat August einnommenes Gas beträgt 500000 M. Raunhof, am 4. September 1923. Der Bürgermeister.

Der nachstehende 1. Nachtrag zur Ortsbauordnung für die Stadt Raunhof wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Raunhof, am 4. September 1923. Der Bürgermeister.

1. Nachtrag

zur Ortsbauordnung für die Stadt Raunhof.

Die Bestimmung in § 16 Absatz 4 Satz 2 wird aufgehoben und erhält dafür folgenden Wortlaut:

Solange die Herstellung der in Absatz 1 bezeichneten Straßen noch nicht erfolgt ist, wird der zu leistende Beitrag erst bei erfolgter Herstellung fällig, es ist aber vor der Baugenehmigung vom Bauenden für die Erfüllung der späteren Verpflichtungen eine Sicherheitssumme zu hinterlegen und zwar für 1 lfd. m der Anliegerlänge 20 M mal jeweiliges Kaufgeld für 1 cbm Normalkarstfugsteine (8 cm Kornsgröße).

Vorkriegs-Kaufgeld für 1 cbm Normalkarstfugsteine (8 cm Kornsgröße).

Wahrscheinlich sind die Tarifpreise der Grimmaer Steinindustrie und ein Vorkriegs-Kaufgeld von 5 M für 1 cbm. Die Sicherheitssumme wird vom Stadtgemeinderat festgesetzt und ist in einem Einlagebuch der jeweiligen Sparkasse bei der diesigen Stadtkasse zu hinterlegen. Sollten derartige Verhältnisse eintreten, daß die hinterlegte Sicherheitssumme wesentlich höher ist als die zu erwartenden Herstellungskosten, so kann auf Antrag eine diesbezügliche Herabsetzung der Sicherheitssumme erfolgen.

Dieser Nachtrag tritt mit dem Tage seiner Bekanntmachung in Kraft.

Raunhof, am 25. Juni 1923.

Stpl. Der Stadtgemeinderat. Müller.

Der Vorsitzende des selbständigen Aufsichtsrats Staatsforstrevier Raunhof, R. Thiermann, Forstmeister.

4 a | K 13/1923.

Der umstehende Nachtrag wird hiermit genehmigt.

Dresden, am 16. August 1923.

Ministerium des Innern, I. Abteilung. S. A. Bähr.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

In seiner großen Rede in Stuttgart erklärte der Reichskanzler Deutschlands Bereitschaft, produktive Pfänder zu stellen, und forderte die Wehrpflicht des Volksgenossen, der Arbeit und der Beamten.

Italien lehnte es ab, seinen Streit mit Griechenland vom Völkerbundrat entscheiden zu lassen.

In Genf ist die vierte Völkerbundversammlung eröffnet worden.

Das schwere Erdbeben in Japan soll bereits gegen 100 000 Todesopfer gefordert haben.

Der Weg ins Freie.

Die Rede des Reichskanzlers.

Wenn jemals die Rede eines deutschen Kanzlers in einer außerordentlich gespannten politischen Gesamtlage ins Land gekommen ist, mit aller rücksichtslosen Klarheit dem In- und Ausland den vollen Ernst der Situation und die daraus erwachsenden ungeheuren Gefahren vor Augen zu stellen, zugleich aber die einzig möglichen, wenn auch äußerst schwierigen und steinigsten Wege aufzuzeigen, die aus der unendlichen Bedrängnis der Gegenwart noch in letzter Stunde ins Freie führen können, so gilt das in höchstem Maße von der Rede, die der Kanzler Dr. Stresemann Sonntag in Stuttgart in Gegenwart der württembergischen Staatspräsidenten und einer Versammlung von Abordnungen des württembergischen Wirtschaftslebens gehalten hat. Außenpolitisch enthielt die Rede die bedeutsame Ankündigung, daß Deutschland, nur im Ruhezustand Frieden zu kommen, bereit ist, auf den Boden der Stellung produktiver Pfänder zu treten, daß aber die Freiheit deutschen Bodens in keiner Weise preisgegeben werden kann. Innenpolitisch stellte der Kanzler den Grundgedanken der dreifachen Wehrpflicht des Volksgenossen, der Arbeit und der Beamten gegenüber dem Staat auf und wies darauf hin, daß unter den jetzigen Umständen der Grundgedanke von der Unantastbarkeit der wirtschaftlichen Substanz nicht aufrechterhalten werden kann. Mit einer höchst eindringlichen Mahnung an das deutsche Volk, jetzt alle Opfer zur Sicherung der deutschen Freiheit und Zukunft zu bringen, klang die über-

aus bedeutsame und passende Rede aus. Ihre Hauptgedanken lauteten im wesentlichen wie folgt:

Außenpolitische Richtlinien.

Start ist der außenpolitische Druck, der auf uns lastet. Unser größtes Wirtschaftgebiet ist unproduktiv geworden. Rhein und Ruhr sind abgetrennt von deutscher Souveränität, deutscher Verwaltung und ohne deutsche Arbeit. Es gilt einen Weg zu finden, der uns ins Freie führt. Die Alliierten verlangen von uns Garantien tatsächlicher deutscher Leistung. Wir sind bereit, auf den Boden der Stellung produktiver Pfänder zu treten. Reichsbesitz und Privatbesitz sind die Pfänder, die wir dargeboten haben.

Liegen in der deutschen Wirtschaft, der einzigen Kraftquelle, die uns geliebt ist, wie man so oft behauptet, nach ungeachteter Entwicklungsmöglichkeit, so liegt es uns so näher, sie zur Grundlage unserer tatsächlichen Reparationsleistungen zu machen. Deutschland braucht ein Reparationswerk für seine Leistungen, Deutschland kann keine Reparationsleistungen aufnehmen. Will man diese Hindernisse beseitigen, so kann das nur auf dem Wege einer internationalen Anleihe geschehen, für die die deutschen produktiven Pfänder haften. Deutschland wird im deutschen Wirtschaftsbereich solche Anleihen kaum in nennenswertem Maße erreichen. Erst wenn die Welt sich darüber klar sein wird, daß die Beendigung des Ruhrkonfliktes gleichzeitig der Anfang einer neuen Friedensära ist, und daß eine wirtschaftliche Verbundenheit der Völker an die Stelle der heutigen Zerfahrenheit tritt, werden die Alliierten im Verein mit Deutschland die Frage der Anleihe lösen können. Frankreich versichert, daß es von Deutschland keine Anleihen will, daß es ihm fernstehe, Deutschland zu zerstören, daß es nichts anderes suche als die

Garantie für Leistungen aus dem Friedensvertrage, für die nach dem Wortlaut des Friedensvertrages selbst die abgegebene Leistungsfähigkeit Deutschlands die Basis bildet. Ist dies die Auffassung der französischen Staatsmänner und des ganzen französischen Volkes, dann haben sie die Möglichkeit, diese Auffassung in die Wirklichkeit umzusetzen. Jeder ehrliche Mensch im Ruhrgebiet und am Rhein sehnt sich nach der Stunde, in der diese lästigen deutschen Löhne der eigenen regen wirtschaftlichen Tätigkeit wiedergegeben werden. Diese Stunde wird gekommen sein, wenn wir die Sicherheit haben, daß auf der Grundlage dieser deutschen produktiven Pfänderleistung die Lösung des Konfliktes möglich ist. Wir sind bereit zu schweren materiellen Opfern, aber wir sind nicht bereit, die Freiheit deutschen Bodens irgend jemand gegenüber preiszugeben!

Dreifache Wehrpflicht im Innern.

Der Kanzler kam dann auf die innenpolitische Lage zu sprechen und erklärte: Ich möchte gar kein Fehl daraus machen, daß wir in einem Zustand heftiger finanzieller Bedrängnis, in einem

Zustand höchster wirtschaftlicher Not

finden. Es wäre ja auch trübsalig, das irgendwie vertuschen zu wollen gegenüber dem Zustand des Ausland, denn jeder Mensch, der die deutschen Verhältnisse ansieht, weiß, wie sie sind. Wir sind in eine finanzielle Bedrängnis gekommen dadurch, daß die Ausgaben durch Reichseinnahmen nur zu einem sehr geringen Prozentsatz gedeckt gewesen sind. Da ist es selbstverständlich, daß zuletzt eine ungeheure Inflation und infolge der Ketteninflation eine Verschlechterung der Währung kommen mußte. Wir sind heute, abgedrängt von Rhein und Ruhr, in einen wirtschaftlichen Zustand gekommen, der dazu geführt hat, daß unsere Ausfuhr in wenigen Monaten von 600 Millionen Goldmark auf 105 Millionen Goldmark zurückgegangen ist. Wenn Sie sich vorstellen, daß wir vor dem Kriege eine Ausfuhr von 10 Milliarden Goldmark gehabt haben, so sehen Sie, was uns von der einseitigen Stärke des Friedens geblieben ist. Es zeigt sich das eine: — und darauf möge das Ausland seine Blige richten — ein Deutschland ohne Ruhr und Rhein ist nicht lebensfähig, ein Deutschland ohne die Versorgung über Ruhr und Rhein ist außerstande, irgendwelche Reparationsleistungen zu vollbringen.

Welche Aufgaben stehen vor uns? Wenn ich von einem Kriegszustand sprach — und unabweisbar ist der Zustand an Rhein und Ruhr kein Friedenszustand — dann glaube ich, brauchen wir auch eine Wehrpflicht, eine

Wehrpflicht des Volksgenossen,

aber auch eine Wehrpflicht der Arbeit. Wir brauchen auch eine Wehrpflicht des Beamten gegenüber dem Reiche und gegenüber dem Staat. Sei man sich doch darüber klar, daß eine Entwicklung, die zur Wehrbildung führt, überhaupt nur solange garantiert ist, als der Staat besteht und als der verfassungsmäßige Staatsbegriff aufrecht erhalten werden kann. Wir müssen das, was an wirtschaftlicher Kraft in Deutschland ist, soweit für den Staat in Anspruch nehmen, daß seine außenpolitischen und innenpolitischen Bedürfnisse dadurch gedeckt werden. Wir erreichen den Frieden nur, wenn uns die Wirtschaft das garantiert, was wir an Stelle der produktiven Pfänder brauchen, wir erreichen aber im Innern die Ordnung des Staatshaushaltes, die Aufrechterhaltung des ganzen Staates nur dann, wenn wir in erster Linie von dem Volksgenossen eine Opfer verlangen als sie bisher in Anspruch genommen worden sind. Wir brauchen, soweit wir in der Lage sind, normale Verhältnisse wiederherzustellen, auch die Lust und Liebe zur Arbeit. Wir brauchen da, wo lebenswichtige Notwendigkeiten des Staates vorliegen, auch die Überarbeit für das allgemeine Wohl.

Wenn wir über den größten Teil des besetzten Gebietes nicht mehr verfügen, wenn die Kohlenproduktion sich unter Kontrolle vollzieht, dann müssen wir wenigstens im unbesetzten Gebiet das Beste herauslösen und zur Verklammerung des Staates

stellen. Darum muß sich an die Wehrpflicht des Volksgenossen die Wehrpflicht der Arbeit reihen. Drittens aber ist notwendig die Hingabe des Beamtentums an den Staat.

Der Staat muß in anormalen Zeiten wie den gegenwärtigen zuerst an sich selbst denken. Da, wo es technisch und materiell nicht möglich ist, wohlverordnete Rechte aufrechtzuerhalten, weiß sonst das Gefühl der Würdung in Unordnung kommt, kommt in erster Linie der Staat, und ihm haben sich die anderen Notwendigkeiten untergeordnet.

Wir lassen mit der Staatsautorität nicht Schindluder treiben! Wir werden die Staatsautorität durchsetzen gegenüber jedem, der da glaubt, sich aber für hinwegsetzen zu können.

Was wir zu geben haben als Staat für diese Wehrpflicht, von der ich spreche, das ist die Sicherheit für den Bürger für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, der Verhältnisse im Innern, der Wirtschaft, des Lebens, der Begriffe, daß der einzelne Bürger sich auf den Staat verlassen kann gegenüber dem, der sich ihm entgegenstellen will.

Ich weiß wohl, wie hart die Steuern treffen, die der letzte Reichstag doch beinahe einstimmig bewilligt hat, aber wenn wir auch Rücksicht nehmen auf die Ausführung im einzelnen, so ist doch an der Idee als solcher, daß die Steuern durchgeführt werden müssen, nicht im geringsten zu rütteln. Man bewilligt die Steuern nicht einem Kabinett, man bewilligt sie dem Staat, man bewilligt sie dem Reiche, damit das Reich bestehen bleibt, und man kann die Zustimmung zu dem, was man beantragt und durchgeführt hat, nicht in Opposition verwandeln, wenn das äußere Ansehen des Staates sich geändert hat. Der Staat als solcher muß erhalten und weitergeführt werden! Bei manchen Steuern und bei manchen Maßnahmen, die wir weiter noch treffen müssen, handelt es sich um Eingriffe in die Substanz. Aber auch hier möchte ich Sie bitten, sich zu vergegenwärtigen:

Was bleibt denn von der Substanz der Wirtschaft, wenn die Substanz des Staates nicht erhalten läßt?

Um die Kämpen wir heute noch, und da, meine ich, sollte das wirtschaftliche Opfer geringer gewertet werden, es ist nicht möglich, überall die Substanz zu schonen und den Grundstoff aufzutreiben: an der Substanz darf nicht gerüttelt werden. Wer in dieser Zeit eine Sabotierung der Steuern organisiert oder gar dazu aufruft, der gehört nach meiner Meinung hinter Schloß und Riegel! Sie können mit vollem Recht verlangen, daß die Steuern vereinfacht werden, daß die Steuern übersichtlich gemacht werden, daß eine Finanzreform kommt, die es dem einzelnen möglich macht, zu wissen, was er denn nun zu zahlen hat. Denn das hat beinahe ausgehört.

Was uns auf dem Gebiete der Finanzen vor allem als Aufgabe vorschwebt, das ist die Bekämpfung des Verfalls der deutschen Währung. Die Wirkung dieses Währungsverfalls zeigt sich vor allem in sittlicher Beziehung: die innere Arbeit gedeiht nicht mehr, der Sparinn ist vernichtet. Manchmal hat man die Empfindung, als täuselten wir um den Dollar, wie man einstmal um das goldene Kalb getaunt hat.

Wertbeständiges Geld.

Wir haben die Wüscht ein solches wertbeständiges Geld zu schaffen. So schwer es uns wird, damit zuzugreifen, daß die Mark zwar noch Zahlungsmittel ist, aber nicht mehr eine feste Währung darstellt: wie wollen die Goldmark schaffen in der Hoffnung, daß man dann den Goldpfennig auch wieder eben lernen in Deutschland. Wenn wir das schaffen und wenn wir weiter durch die wertbeständige Anleihe des deutschen Reiches und durch die einzelnen kleinen Stücke, die demnach herauskommen, die Möglichkeit geben, wertbeständig zu bezahlen, und Vermögen und Einkommen anzulegen, dann gibt es

kein Recht mehr auf Devisenbesitz im deutschen Volke. Die Devisen gehören dann dem Reiche, das der Wirtschaft das Notwendige zur Verfügung stellt. Aber eine private Devisenspekulation, die sehr wesentlich mit zur Herrüttung der Mark von innen beigetragen hat, muß aufhören. Wir müssen eine Entwicklung anbahnen, die uns freimacht von jener Wechselkursnotwendigkeit, in der der einzelne sich nur einrichtet nach dem Stand der fremden Devisen und leider die Zahl derjenigen groß geworden ist, die an dem Steigen der fremden Devisen ein eigenes Interesse haben. Wir müssen einen Zustand herbeiführen, bei dem jeder einzelne nur an dem Steigen der Mark ein Interesse hat und bei dem das Gefühl der Vernichtung jedes unabhängigen Menschen denjenigen trifft, der in dieser Zeit & la baisse der Mark spekuliert. Wir stehen vor einer großen Arbeitslosigkeit in Deutschland. Sie wird uns neue finanzielle Lasten bringen, neue finanzielle Lasten in der Erwerbslosenfürsorge. Es darf meiner Meinung nach

nur eine produktive Erwerbslosenfürsorge geben. Wir geben dem einzelnen das Recht auf Unterstüttung des Staates, er muß uns aber auch das Recht geben, ihm die Arbeit zuzuwenden, deren wir bedürfen. Eine große Sorge ist der Hausbrand für den kommenden Winter. Wäre es nicht etwa sozial ungünstig, eine Überbrücke in dem Vergangenen zu leisten und gleichzeitig das Ertragnis daraus denjenigen, die Bezugsnehmer sind, als Kosten für den Winter zu geben?

Das Programm der Sittlichkeit.

Genuß und Freude gehören zum Leben als Ausgleich für die Arbeit, aber ich habe die Empfindung, daß manche Genußhaltung des Schlemmens und eine Art des Lebens, wie wir das in deutschen Großstädten finden, nicht zum Erlasse dieser Zeit paßt. Schaffen Sie doch kommunale Goldanstaltseinrichtungen, in denen der einzelne das erhält, was er wirklich zu beanspruchen hat, wenn er sich von dem alten Fest trennen muß. Heute hat man manchmal die Empfindung, als wenn wir immer mehr sittliche Kräfte im Volksleben verlieren und der Materialismus immer größere Orgien feierte. Wenn wir nicht darauf zurückkommen, daß wir an die sittlichen Kräfte des Volkes appellieren, dann glaube ich überhaupt nicht an einen